

WAHLPRÜFSTEINE VOM CLUBKOMBINAT ZUR BÜRGERSCHAFTSWAHL 2025

(Sortiert nach Eingangsdatum)

GRÜNE	LINKE	SPD	CDU
-------	-------	-----	-----

Um wieviel Euro würden Sie die jährliche Infrastrukturförderung für private Musikbühnen (bis 1.000 Personenkapazität) von bislang 350.000 € erhöhen? Würden Sie zudem einer Implementierung einer strukturellen Steigerung von jährlich +1,5% zustimmen?

<p>Die Unterstützung der Hamburger Live-Musik-Clubs ist schon immer ein Schwerpunkt unserer Politik. Um Nachwuchskünstler*innen Auftritte zu ermöglichen, wurde vor vielen Jahren der Live-Concert-Account (LCA) eingeführt, für dessen Erhöhung wir uns kontinuierlich einsetzen. Zuletzt wurde der LCA auf unsere Initiative hin im Doppelhaushalt um 100.000 Euro pro Jahr aufgestockt. Wir verstehen, dass die Folgen der Corona-Pandemie, die Inflation und auch das veränderte Publikumsverhalten große Herausforderungen für die Clubs bedeuten. Daher wollen wir weiterhin das hilfreiche Instrument des LCA deutlich ausbauen. Durch einen jährlichen Aufwuchs um 1,5 Prozent wollen wir eine Verlässlichkeit des LCA erreichen. Zudem möchten wir den Future Fonds Hamburg fortführen und aufstocken, um die Livemusik-Clubs bei der Planung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen im Veranstaltungsbetrieb zu unterstützen.</p>	<p>DIE LINKE spricht sich für den Ausbau der Infrastrukturförderung der Hamburger Livemusik-Szene aus und setzt sich dafür ein, einen festen Haushaltstitel für den Live Concert Account (LCA+) einzurichten. Ein momentaner Umfang von 6250 Euro pro bewilligte*n Antragsteller*in (das entspricht einer Förderung von 66 Euro pro Konzert) muss deutlich erhöht werden. Mit einer höheren Infrastrukturförderung könnten auch mehr Clubs berücksichtigt werden. Wir fordern eine Erhöhung von weiteren 1.650.000 Euro. Der Implementierung einer strukturellen Steigerung von jährlich mind. 1.5% stimmen wir zu.</p>	<p>Die SPD Hamburg setzt sich grundsätzlich dafür ein, die Clubförderung aufzustocken und weiterzuentwickeln, damit die reiche Livemusik-Kultur Hamburg auch in den kommenden Jahren prägen kann. Die SPD Hamburg hat dafür mit einem Antrag zum Haushalt 2025/26 zusätzliche Mittel in Höhe von 500.000 Euro für das Jahr 2025 und 800.000 Euro für das Jahr 2026 eingefordert (Drs. 22/17217). Auch hat sich die SPD Hamburg in den vergangenen Jahren engagiert für die Clubszene eingesetzt: Die strukturelle Förderung der Clubszene wurde 2023 im Rahmen des Live Concert Accounts von 250.000 Euro auf 350.000 Euro erhöht. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Förderungen, wie den Clubaward, der jährlich mit 26.000 Euro unterstützt wird. Für übergeordnete Themen wie Awareness und Nachhaltigkeit erhalten Clubs seit 2023 Projektmittel in Höhe von 75.000 Euro pro Jahr. Diese Mittel sind auch im Doppelhaushalt 2025/26 mit einem erhöhten Ansatz eingeplant. Zusätzlich gibt es Sonder- Investitionen: Die Stadt hat rund 1 Million Euro in die Herrichtung der Kasematten an den Deichtorhallen investiert, um dort das Fundbureau und die Beat Boutique anzusiedeln. Auch das Molotow erhält über die Kreativgesellschaft Mittel, um einen neuen Standort auf der Reeperbahn zu sichern. Nicht zuletzt fördern wir und der Bund das Reeperbahnfestival, das als größtes Clubfestival Europas gilt und bei dem die Bühnen der Musikclubs die Basis des Projekts bilden. Uns ist es dabei wichtig, dass das Festival auch direkt den einzelnen Clubs</p>	<p>Eine lebendige Club- und Musikszene prägt Hamburgs Ruf als Musikstadt und ist für die Attraktivität unserer Stadt weit über die Landesgrenzen hinaus von großer Bedeutung. Uns ist bewusst, dass die Lage der Clubs durch steigende Kosten, Nachverdichtung und immer mehr Vorschriften sehr schwierig geworden ist. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Club- und Musikszene schaffen und wo nötig auch mit finanziellen Mitteln unterstützen. Wir sehen die Förderung und den Erhalt einer lebendigen Kultur- und Clubszene sowie das Reeperbahn-Festival als größte europäische Plattform für Popkultur und Musikwirtschaft und Treffpunkt der internationalen Musikszene als Teil einer erfolgreichen Stadtentwicklung. Genauso wichtig ist es, neue Ideen und Konzepte zu ermöglichen, z.B. durch neue Freiflächen oder auch temporäre Nutzungen. Wir wollen es Musikclubs leichter machen, spannende Orte zu finden und anzumieten. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei darauf, zusätzliche Flächen und Räume zur Verfügung zu stellen. Wir wollen das Nebeneinander von gewerblichen Nutzungen, Wohnungen sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen erleichtern. Eine enge Abstimmung mit den Vertretern der Musikwirtschaft ist uns wichtig, denn nur so kann auf die Probleme dieser für Hamburg wichtigen Branche reagiert werden: Hamburg ist eine Musikstadt mit allen Facetten und soll es bleiben.</p>
---	---	---	--

GRÜNE	LINKE	SPD	CDU
		Zugutekommt. Ein von uns initiiertes eingerichteter Runder Tisch ermöglicht es den Clubs, gemeinsam mit Bezirken und städtischen Gesellschaften frühzeitig Lösungen für Probleme im städtischen Raum zu finden.	

Wie stehen Sie einer Einrichtung eines jährlichen Investitionstopfs für Schallschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen gegenüber? Wie groß (EUR) sollte dieser Topf ausfallen und welche Möglichkeiten für eine niedrighschwellige Förderrichtlinie nach Berliner Vorbild des Schallschutzfonds sehen Sie?

Wir halten einen jährlich verfügbaren Investitionsfonds für ein sehr geeignetes Instrument, damit die Clubs Maßnahmen im Bereich des Schallschutzes sowie für energetische Modernisierungen an Gewerbegebäuden realisieren können. Unser Ziel ist es daher, einen entsprechenden Investitionsfonds aufzulegen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass reguläre Vergabeverfahren zu komplex und langwierig für die Maßnahmen sind, die Live-Musik-Spielstätten üblicherweise schnell umsetzen müssen bzw. möchten. Deswegen soll zusammen mit dem Investitionsfonds eine eigene Förderrichtlinie mit einem vereinfachten Verfahren etabliert werden, damit die Vorhaben schnellstmöglich umgesetzt werden können. Besonders wichtig ist gerade kurzfristiges Handeln im Bereich des Schallschutzes, damit Musikkultur und Nachbarschaft gut miteinander auskommen.	Das Berliner Vorbild ist ein gutes Beispiel für ein niederschwelliges Antragsverfahren im Bereich Schallschutzvorhaben. Gefördert werden bauliche Maßnahmen im Innen- und Außenbereich der Club und innovative Konzepte sowie für Lärmschutzgutachten bei einem durchschnittlichen Zuschuss von 50.000 Euro. In Hamburg brauchen wir dringend eine veränderte personelle und strukturelle Ausstattung, die ein niederschwelliges und im Vergleich zum heutigen Zeitpunkt vereinfachtes Verfahren ermöglicht. Es darf nicht sein, dass Clubs in Vorkasse gehen müssen. Die Förderung muss ab Leistungsphase 1 gelten.	Die SPD Hamburg setzt sich für auskömmliche und effizient umgesetzte Schallschutz- sowie energetische Sanierungsmaßnahmen für Livemusikspielstätten ein. Seit 2022 stehen insgesamt 2,5 Millionen Euro aus dem Sanierungsfonds 2030 für Schallschutzmaßnahmen in Musikclubs zur Verfügung. Die Maßnahmen der ersten Tranche in Höhe von 1,1 Millionen Euro sind bereits in Abstimmung mit Clubstiftung und Clubkombinat in Umsetzung. Wir werden prüfen, inwiefern sich ein Modell wie das des Berliner Schallschutzfonds für Hamburg umsetzen lässt. Mit einem Haushaltsantrag 2025/26 hat die SPD Hamburg für umfassende Sanierungen der Musikclubs Gruenspan und Indra Mittel in Höhe von 14,3 Millionen Euro auf den Weg gebracht.	
--	--	--	--

Werden Sie Förderprogramme für Awareness-Arbeit (z.B. Schulung von Personal, Schutzmaßnahmen, (pers.) Sicherheit bei Großveranstaltungen, Awareness im öff. Raum, Inklusion, Barrierefreiheit (sichtbare u. unsichtbare Behinderungen, Altersdiskriminierung, etc.) aufsetzen und wenn Ja, in welcher Höhe?

Wir begrüßen das intensive Engagement des Clubkombinats im Bereich der Awareness Arbeit durch spezifische Weiterbildungs- und Vernetzungsprogramme. Auch das	Diskriminierendes oder grenzüberschreitendes Verhalten ist mit den Prinzipien der Partei DIE LINKE nicht vereinbar. Gerade das Nachtleben ist anfällig für grenzüberschreitendes Verhalten.	Seit 2023 stehen für Awareness-Fortbildungen und Schulungen im Clubbereich im Rahmen des Clubkombinat-Projekts „tba – to be aware“ jährlich 70.000 Euro zur Verfügung.	
--	---	--	--

GRÜNE	LINKE	SPD	CDU
<p>fortgeschriebene Hamburger Gewaltschutzkonzept empfiehlt bei der Genehmigung aller Großveranstaltungen die Vorlage eines Awareness-Konzeptes. Für die Einrichtung von Förderprogrammen, die der Umsetzung zielgruppenorientierter Awareness-Arbeit dienen, sind wir offen.</p>	<p>Deshalb braucht es eine Fortsetzung des Awarenessprogramms to be aware, das Erkenntnisse impulsgebend für die Weiterarbeit aufnimmt und strukturelle Mängel bezüglich der Umsetzung von diskriminierungsfreien Räumen aufgreift. Die jetzige Förderhöhe muss sich in den nächsten Jahren verstetigen und um eine bedarfsgerechte Summe, die sich aus der Evaluation des jetzigen Förderprogramms ergibt, ergänzt werden.</p>	<p>Die SPD Hamburg wird sich dafür einsetzen, weitere Mittel für Antidiskriminierung, Inklusion, Sicherheit und gegen sexualisierte Gewalt auf und im Umfeld von Musikveranstaltungen zur Verfügung zu stellen.</p>	

Wie würden Sie konkret dafür eintreten, dass für die Hamburger Musikclubs konstant verfügbare Open Air Fläche/n in den Monaten Mai bis Oktober zur kollektiven Selbstverwaltung gefunden und langfristig nutzbar überlassen wird?

<p>Wir unterstützen das Anliegen, den Hamburger Clubs zu ermöglichen, eine Open-Air Fläche in den wärmeren Monaten zu bespielen. Wir bemühen uns, das Vorhaben bereits in der laufenden Wahlperiode gemeinsam mit unserem Koalitionspartner parlamentarisch in auf den Weg zu bringen. Wir gehen davon aus, dass Anfang 2025 eine Konkretisierung möglich ist.</p>	<p>Fehlende Open Air Flächen bilden ein wesentliches Problem in kulturpolitischen Fragestellungen unserer Stadt. Die LINKE sieht es als wichtige Aufgabe des Senates, in Selbstverwaltung von engagierten Initiativen und Verbänden zu investieren, die personelle und strukturelle Aufgaben in der kulturellen Flächensuche und hier im spezifischen Fall Open Air Flächen übernimmt. Dem Club Kombinat sollen für vorbereitende Maßnahmen der Freiluftveranstaltungsflächen für kollektive Nutzungen einen Personalkostenanteil von jährlich 63.000 Euro bereitgestellt werden.</p>	<p>Die SPD Hamburg ist im Austausch mit den entsprechenden Behörden, um geeignete Flächen zu finden und eine derart gestaltete Bespielung zu ermöglichen. Auch gibt es dazu aktuell Sondierungsgespräche mit unterschiedlichen Akteur:innen und den Behörden.</p>	
--	---	---	--

Würden Sie als Instrument für eine kulturelle Stadtentwicklung die Einflussnahme der Behörde für Kultur und Medien auf die Sprinkenhof erhöhen? Wenn ja, wie stellen Sie sicher, dass nicht alleinig die Finanzbehörde (LIG) über Kulturflächen entscheiden kann?

<p>Die öffentlichen Unternehmen Hamburgs sind Dienstleister für Bürger*innen und Gewerbe in unserer Stadt und erfüllen Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge. Ihr Handeln soll daher dem politischen Willen der Gesetzgeberin sowie des Senats nicht widersprechen. Wir befürworten gleichwohl die Trennung von Immobilienbesitzer und Immobiliennutzenden, die sich grundsätzlich</p>	<p>Für die kulturelle Stadtentwicklung braucht es in erster Linie Kontinuität und langfristige Planung für ein Raumprogramm, das deutlich mehr und bezahlbare kulturelle Flächen vorsieht für unsere Stadt. Leider gibt es an diversen Stellen negative Erfahrungen mit der Sprinkenhof und das besonders bei kulturellen Gebäuden. Die Stärkung der „Kunden“ von Sprinkenhof durch die ISZ in der Finanzbehörde</p>	<p>Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass es weiterhin einen intensiven Austausch zwischen allen Akteur:innen und der Stadt gibt, der sich positiv auf eine Musikkultur-sensible Stadtentwicklung und das städtische Liegenschaftsmanagement auswirken wird. Der von uns ins Leben gerufene Runde Tisch Nachtleben und Nachbarschaft trägt ebenso zu einem vertieften Austausch bei wie regelmäßige</p>	
--	--	---	--

GRÜNE	LINKE	SPD	CDU
<p>bewährt hat. Um unter anderem die Belange der kulturellen Stadtentwicklung eine stärkere Gewichtung bei den Entscheidungen der Sprinkenhof GmbH und des Landesbetriebs Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) zu verschaffen, setzen wir uns dafür ein, dass die Behörde für Kultur und Medien als Mitglied der Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau aufgenommen wird.</p>	<p>reicht da bei weitem nicht aus. Eine höhere Einflussnahme der BKM auf die Sprinkenhof begrüßen wir daher grundsätzlich. Der Kulturbehörde muss bei kulturellen Räumen im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung von Sprinkenhof vertreten sein.</p>	<p>bilaterale Abstimmungen. Auch steht die Behörde für Kultur und Medien im engen Austausch mit dem Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen sowie der Sprinkenhof GmbH hinsichtlich bestehender und neu zu erschließender Kulturflächen.</p>	

Nachdem bislang eine Mehrheit für die Bereiche Klassik, Neue Musik und Jazz existierte, fordern wir eine Reform des Musikstadtfonds, in dem für mind. die nächsten Jahre die Jury-Besetzung mit Mehrheiten für Populärmusik besetzt wird. Würden Sie diese Reform in Koalitionsverhandlungen vertreten?

<p>Wir unterstützen diese Forderung und streben bei der Auswahl der Jurymitglieder eine stärkere Berücksichtigung von Pop und Jazz, damit eine angemessene Verteilung des Musikstadtfonds erreicht wird.</p>	<p>Wir unterstützen kräftig einen Mehrbedarf an Konzertförderungen im Bereich Populärmusik und fordern bei der Auswahl der Jurybesetzung ein Augenmerk eine ausgeglichene Expertise für die einzelnen Musikgenres. Der Musikstadtfonds ist mit zu wenig Mittel ausgestattet, um sowohl Klassik, neue Musik, Jazz und Popmusik zu fördern und sollte deutlich erhöht werden, um allen unterschiedlichen Genres gerecht zu werden und eine vielfältige Musikstadt Hamburg abzubilden.</p>	<p>Die Musikstadtfonds-Jury deckt vielfältige Musikgenres ab, darunter Jazz, Alte Musik und experimentelle Musik, wobei die Mitglieder zumeist Expertise in mehreren Genres haben. Aktuell sind zwei von fünf Jurymitgliedern auf Pop spezialisiert. Wir wollen, dass die Besetzung stärker rotiert. Uns kommt es jedoch nicht nur auf die Besetzung der Jury an, sondern uns sind auch die Förderquoten wichtig. Mit 145.000 Euro gehen 25% des Gesamtpfunds des Musikstadtfonds in Projekte dieses Genres - überproportional viel im Verhältnis zu anderen. Weitere 110.000 Euro gehen an Projekte, die in Clubs stattfinden und so die Populärmusikszene mittelbar unterstützen. Damit ist der Musikstadtfonds ein wichtiges Förderinstrument für die Populärmusik in Hamburg und das soll auch so bleiben.</p>	
--	---	--	--

GRÜNE	LINKE	SPD	CDU
-------	-------	-----	-----

Es bedarf einer Kraftanstrengung für mehr verfügbare Flächen und Vereinfachungen für Anmeldungen und Durchführungen für nicht kommerzielle, spontane Freiluftpartys (Free Open Airs). Was sind ihre Instrumente, um diese Anforderungen zu erfüllen?

<p>Wir streben weiterhin an, ein einfaches Anmeldeverfahren für nicht-kommerzielle, spontane Freiluftpartys (Free Open Airs) nach dem erfolgreichen Bremer Modell einzuführen. Bezüglich der Flächen werden wir (ebenso wie bei Frage 4) eine parlamentarische Initiative noch in der laufenden Wahlperiode mit unserer Koalitionspartnern erörtern, sodass Anfang 2025 eine weitere Konkretisierung möglich sein soll.</p>	<p>Hamburgs Subkultur lebt von spontanen, nicht kommerziellen Freiluftpartys und sind eine große Bereicherung für eine lebendige Stadt und im gerade im Sommer nicht weg zu denken. Wir brauchen ein Konzept, das die Durchführung solche Open Airs ermöglicht. Freiluftpartys sollen gefördert werden und mit sehr unaufwändigen bürokratischen Verfahren organisiert und angemeldet werden können. Wir brauchen mehr potentielle Räume. Dafür sollte auch Teile des Hafens genutzt werden können.</p>	<p>Die SPD Hamburg unterstützt zielführende Ansätze zur Umsetzung von Free Open Airs. Der Bezirk Mitte hat mit dem Projekt Fast Track einen vielversprechenden Ansatz pilotiert. Wir werden die Entwicklung eines solchen Verfahrens zur regelhaften Anwendungsreife gerne unterstützen. Auch setzen wir uns für eine Gebührendifferenzierung für kommerzielle und nicht-kommerzielle Veranstaltungen auf öffentlichen Grund ein. Des Weiteren wollen wir den Antragsprozess vollständig digitalisieren.</p>	
---	---	--	--

Der Bund gewährt den Ländern inzwischen das Recht zur Aufsetzung einer Landesverordnung über die Durchführung von Modellvorhaben zu Substanzanalysen (Drug-Checking). Würden Sie sich in Koalitionsverhandlungen dafür einsetzen, dass Hamburg seine Landesverordnung dahingehend anpasst? Wenn ja, wie?

<p>Wir haben uns während der gesamten Legislaturperiode intensiv für die Umsetzung der Rechtsverordnung eingesetzt. Regelmäßig führten wir Gespräche mit den zuständigen Behörden, um den Prozess voranzutreiben. Ein von uns entworfener Antrag wurde als Vorlage über die Bundesebene an die anderen Bundesländer weitergeleitet, um die bundesweite Umsetzung der Rechtsverordnung zu fördern. Auch im Rahmen der Haushaltsverhandlungen haben wir uns sowohl für die Berücksichtigung des mobilen als auch des stationären Drug-Checkings starkgemacht. Wir hoffen auf erste Erfolge in diesem Bereich. Es ist uns bekannt, dass die Umsetzung der Rechtsverordnung in Bearbeitung ist. Mit aller Kraft setzen wir uns dafür ein, dass dies noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen wird, sodass die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Drug-Checking zeitnah geschaffen werden</p>	<p>DIE LINKE ist davon überzeugt, dass ein Teil schwerwiegender psychischer Notfälle, Unfälle und Todesfälle durch Drug-Checking vermieden werden könnte und setzt sich für eine progressive Drogenpolitik ein. Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigten, dass ein kostenloses Drug-Checking nicht nur der Schadensreduzierung diene sondern auch dafür sorgen, dass Konsument*innen würden mehr Informationen bezüglich des Wirkstoffgehalts und weiteren Inhaltsstoffen erhalten. Studien haben erwiesen, dass der Drug_Chekung nicht konsumfördernd wirke, sondern zum vorsichtigeren Konsum beitrage. Wir haben bereits einen Antrag zu Drug-Checking in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht und darin eine entsprechende Rechtsverordnung zur Durchführung eines stationären und/oder mobilen Angebots zum Drug-Checking in Hamburg im Sinne des § 10b</p>	<p>Eine solche Anpassung soll in Hamburg erfolgen. Mit einer Erprobung des mobilen DrugCheckings soll begonnen werden. Die Prüfung einer solchen Vorgehensweise war bereits Bestandteil des Koalitionsvertrages in der aktuellen Wahlperiode. Das Drug-Checking findet bereits in Drogenkonsumräumen statt. Künftig sollen es auch in niedrigschwelligen Einrichtungen angeboten werden können. Die geplante Rechtsverordnung soll auch Raum für eigenfinanzierte Initiativen, z. B. für Angebote auf Veranstaltungen schaffen. Mit Drucksache 22/10298 hat die Bürgerschaft auf Antrag von SPD und GRÜNEN den Senat ersucht: „(...) zu prüfen, ob die Einführung eines Projektes zu „Safer Clubbing“ Gesundheitsrisiken durch verunreinigte illegale Drogen und Überdosierungen reduziert, und der Bürgerschaft hierzu bis zum 31.12.2024 zu berichten.“ Wir rechnen in Kürze mit einer Antwort des Senats.</p>	
---	---	--	--

GRÜNE	LINKE	SPD	CDU
und sowohl das stationäre Drug-Checking in Drogenkonsumräumen als auch private, selbstfinanzierte Initiativen im Einklang mit den dafür geschaffenen Vorgaben stehen.	BtMG gefordert. Der Antrag wurde von Rot-Grün abgelehnt.		

FDP und VOLT wurden auch angefragt, lieferten jedoch bis zum 15.01.2025 keine Antworten.